



## Russland: Präsidentenwahl 2018

Prof. Dr. Lic. Eberhard Schneider

März 2017

### Zusammenfassung

---

In der Präsidialadministration wird ein Konzept für den Präsidentenwahlkampf 2018 entwickelt. Obwohl noch nicht offiziell bestätigt, wird davon ausgegangen, dass Wladimir Putin an der Wahl teilnimmt. Es wird gleichzeitig Putins letzter Präsidentenwahlkampf sein. Deshalb müsse Putin mehr Stimmen erhalten als bei allen vorherigen Wahlen, und zwar sowohl der Anzahl der Ja-Stimmen nach als auch hinsichtlich der Wahlbeteiligung. Im März wird der „inoffizielle Stab“ zur Vorbereitung der Präsidentenwahl seine Tätigkeit aufnehmen. Da die Ressourcen der Machtpartei „Einiges Russland“ zur Mobilisierung der Wähler nicht ausreichen, soll im Gegensatz zu den bisherigen Wahlkampagnen das Modell der „korporativen Mobilisierung“ eingesetzt werden, indem große staatliche Unternehmen mit einbezogen werden.

### Das ISPSW

---

Das Institut für Strategie- Politik- Sicherheits- und Wirtschaftsberatung (ISPSW) ist ein privates, überparteiliches Forschungs- und Beratungsinstitut.

In einem immer komplexer werdenden internationalen Umfeld globalisierter Wirtschaftsprozesse, weltumspannender politischer, ökologischer und soziokultureller Veränderungen, die zugleich große Chancen, aber auch Risiken beinhalten, sind unternehmerische wie politische Entscheidungsträger heute mehr denn je auf den Rat hochqualifizierter Experten angewiesen.

Das ISPSW bietet verschiedene Dienstleistungen – einschließlich strategischer Analysen, Sicherheitsberatung, Executive Coaching und interkulturelles Führungstraining – an.

Die Publikationen des ISPSW umfassen ein breites Spektrum politischer, wirtschaftlicher, sicherheits- und verteidigungspolitischer Analysen sowie Themen im Bereich internationaler Beziehungen.



## Analyse

Der russischen Presse ist zu entnehmen, dass der Kreml ein Konzept für den Wahlkampf 2018 um das Präsidentenamt entwickelt.<sup>1</sup> Aus den Presseberichten kann geschlossen werden, dass Wladimir Putin an der Präsidentenwahl teilnehmen wird, obwohl seine Kandidatur noch nicht offiziell bestätigt worden ist. Es wird gleichzeitig davon ausgegangen, dass es 2018 der letzte Wahlkampf Putins sein wird. (Beim Ablauf seiner vierten Amtsperiode im März 2024 wird Putin 71 Jahre alt sein.) Putins Sieg 2018 ist vorprogrammiert. Doch der Kreml ist ehrgeizig: Putin solle bei seiner letzten Präsidentenwahl die Ergebnisse von 2000 (52,99 %), 2004 (71,31 %) und 2011 (63,60 %) übertreffen.

Die Präsidentenwahl wird sozusagen Referendumscharakter bekommen, „Vertrauen zum nationalen Führer“. Ein hoher Prozentsatz von Ja-Stimmen, aber eine niedrige Wahlbeteiligung ist ein schlechtes Szenarium, denn Russland ist eine Präsidentialrepublik. Anders ist es bei der Staatsdumawahl, bei der die Wahlbeteiligung nicht so wichtig ist. Die Wahlbeteiligung bei der letzten Staatsdumawahl 2016 betrug 47,8 %.

Bezüglich der Wahl 2018 überlegte kürzlich ein Expertentreffen in der Präsidentialadministration, wie die Wahlbeteiligung erhöht werden kann. Bei der letzten Präsidentenwahl 2012 betrug die Wahlbeteiligung 65,3 %, und im Jahr 2000 sogar 68,7 %. Nach Auskunft von zwei Gesprächspartnern im Kreml besteht kein Zweifel an der Wahl Putins. „Die Aufgabe besteht darin, dass bei den Leuten nicht das Gefühl entsteht, dass es nicht notwendig ist, zur Wahl zu gehen, wenn der Präsident sowieso gewählt wird.“ Es wurden die Hauptkriterien für die Wahlkampagne formuliert: Erstens soll die Wahl die „sauberste sowie eine transparentere und legitimere“ im Vergleich zu allen vorherigen werden. Zweitens müsse Putin mehr Stimmen erhalten als bei allen vorhergehenden Wahlen, sowohl was die Ja-Stimmen betrifft als auch hinsichtlich der Wahlbeteiligung.

Deshalb soll die Möglichkeit geschaffen werden, die Abstimmung am Aufenthaltsort des Wählers zu vereinfachen sowie die Anzahl der Wahllokale zu verdoppeln. Das Gesetz „Über die grundlegenden Garantien der Wählerrechte“ schreibt in Artikel 62 vor, dass der Briefwähler die Unterlagen einen Monat vor dem Wahltag erhalten haben muss.<sup>2</sup> Für den Fall, dass der Wähler die Briefwahlunterlagen nicht erhalten hat, aber doch zum Wahllokal kommt, sollte die Möglichkeit eröffnet werden, ihn in die Wählerliste seines Wohnorts einzutragen, was bisher nicht möglich ist, weil er als Briefwähler gilt.

Eine weitere Maßnahme beinhaltet die Verdoppelung der Wahllokale. Gegenwärtig kommen 3.000 Wähler auf ein Wahllokal. Diese Zahl könnte auf 1.500 halbiert werden. Laut Aussage der Vorsitzenden der Zentralen Wahlkommission, Ella Pamfilowa, sei es bisher zu „technischen Fehlern“ gekommen, weil die Wahllokalleitung wegen der hohen Wählerzahl oft überlastet war. Gegen die Einrichtung neuer Wahllokale spricht allerdings eine mögliche Verwirrung der Wähler, die nicht mehr in ihr gewohntes Wahllokal gehen können. Ferner sollen besonders die Jugendlichen mobilisiert werden, darunter vor allem die Erstwähler. Zu diesem Zweck sollen die sozialen Netzwerke in dem Sinne genutzt werden, dass es schick ist, wählen zu gehen.

Nicht weniger wichtig wie die Erhöhung der Wahlbeteiligung ist für die Präsidentialadministration die Organisation der Wahl mit den geringsten Verletzungen, wozu in möglichst vielen Wahllokalen Wahlbeobachter und Videokameras gehören. Nach Artikel 30 des oben erwähnten Gesetzes über die Wählerrechte dürfen eine Partei oder

<sup>1</sup> <http://www.kommersant.ru/doc/3225097> <http://www.vedomosti.ru/politics/articles/2017/02/21/678532-pobeda-putina-viborah-2018> <http://www.mk.ru/politics/2017/02/21/v-2018-godu-putina-budet-eshhe-bolshe.html>

<sup>2</sup> [http://www.consultant.ru/document/cons\\_doc\\_LAW\\_37119/](http://www.consultant.ru/document/cons_doc_LAW_37119/)



ein Kandidat nicht mehr als zwei Beobachter benennen. Nach Meinung von Experten sollte es den Parteien und Kandidaten erlaubt sein, mehr als zwei Wahlbeobachter zu benennen. Bezüglich der Videokameras macht das Gesetz keine Aussagen.

Laut Information aus der Präsidentialadministration nimmt im März der „informelle Stab“ zur Vorbereitung der Präsidentenwahl seine Tätigkeit auf.<sup>3</sup> Die Ressourcen der Machtpartei „Einiges Russland“ zur Mobilisierung der Wähler reichen nicht aus. Deshalb soll – im Gegensatz zu den bisherigen Wahlkampagnen – das Modell einer „korporativen Mobilisierung“ eingesetzt werden, indem große staatliche Unternehmen mit einbezogen werden.

\*\*\*

**Anmerkungen:** Der Beitrag gibt die persönliche Auffassung des Autors wieder und ist erstmalig im März 2017 im Newsletter „Russland intern aktuell“ Nr. 94 des Deutsch-Russischen Forums Berlin erschienen.

### Über den Autor dieses Beitrags

---

Prof. Dr. Lic. Eberhard Schneider ist Advisory Board Member of the EU-Russia Centre in Brüssel, Professor für Politikwissenschaft an der Universität Siegen und Leiter der sozialwissenschaftlichen Forschung des Berliner West-Ost-Instituts.



*Prof. Dr. Lic. Eberhard Schneider*

---

<sup>3</sup> <http://www.kommersant.ru/doc/3227902>